

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,
sowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber: Johann Stanting, verantwortlicher Redakteur: Fritz Paeplow, Vertrieb in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1,— ohne Versandgebühr, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Anzeigen die dreigekennzeichnete oder deren Raum 80 A. — Postkatalog Nr. 8116.

Reaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 16, erste Etage.

Kollegen, gedenket der kämpfenden Brüder!

Die Sammlung zum Streifonds und die Agitation für die weitere Ausbreitung des Verbandes muß jetzt, angesichts der vielen Lohnkämpfe und Aussperrungen, mit doppeltem Eifer betrieben werden. Da, wo es noch nicht geschehen, muß ein regelmäßiger Beitrag zum Streifonds eingeführt, oder doch wenigstens dafür Sorge getragen werden, daß an jedem Bahntage Sammelmateriale auf den Arbeitsstätten vorhanden ist. Verheirathete Kollegen müssen wöchentlich wenigstens 20 A. und Unverheirathete wöchentlich nicht unter 30 A. für den Streifonds zahleit. Das Interesse der Gesamtbewegung erfordert solche Leistungen. Bahnhstellen, die sich an den Streifondssammlungen garnicht oder nur sehr minimal beteiligen, machen sich einer unverantwortlichen Pflichtverzehrung schuldig. Strenge Ausübung echter, wahrer Solidarität muß die Lösung der deutschen Maurer sein!

Inhalt: Die Stichwahlen. Ein Reichswahlungsgebot. — Kunstschau. Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt. — Baugewerbe. — Lohnbewegungen und Streiks. Streifprozeß. — Aus unserer Bewegung. — Beiträge. — Altersarchiv. — Briefkasten. — Freizeitton: Gebäude auf Wandern.

Ausgesperrt sind die Verbandskollegen in Brandenburg, Magdeburg und Pforzheim i. P.

Im Streik

befinden sich die Kollegen in Altdatum, Ilmenau, Breitenheim, Eisenach, Greiz, Neuhausen, Leben, Teterow, Neumünster und Halle a. d. S.

Sperren sind verhängt

über die Dauten der Unternehmer Jagd und Kohl in Neustadt a. d. Haardt, Hanfisch in Potsdam, Niedermann in Gersdorf, Hohmeyer in Burgdorf, Kipfel und Rauh Jr. in Solingen, Sames in Darmstadt über den Bau „Gustavsburg“.

Außerdem ist Zugang fern zu halten von Chemnitz, Gera, Köslin und Gleisburg. Im legeren Orte stehen die Zimmerer seit längerer Zeit im Streik, wodurch die Mauerer auf verschiedenen Bauten in Mittelhessen gezogen worden sind. Von Stuttgart ist der Zugang für Stukkateure und Gipser fern zu halten.

Die Stichwahlen.

Die definitive Entscheidung über die Zusammensetzung des nächsten Reichstages ist gefallen. Wie unsere Leiter wissen, hat die Hauptwahl vom 16. Juni nicht weniger als 186 Stichwahlen nötig gemacht, wovon 101 auf solche Kreise entfielen, in denen zu entscheiden war, zwischen welchen Kandidaten der Sozialdemokratie und solchen der „staatsfeindlichen“ Parteien.

Der Stichwahl weit aus größter Theil ist am Freitag, den 24. Juni, vollzogen worden.

Die schönen Erfolge, welche die Partei des arbeitenden Volkes, die Sozialdemokratie, bereits am 16. Juni mit 32 Mandaten errungen hatte, ließen es begreiflich erscheinen, daß die gesammelte Gegnerchaft mit großem Bangen den Tage der endgültigen Entscheidung entgegen sah. In den wenigen Tagen zwischen Hauptwahl und Stichwahl ist an den blützerfüllten Parteien denn auch noch einmal die Kraft der

„Sammelpolitik“ erprobt worden. Negierungsländer, konervative, ultramontane und liberale Organe betonten in hoher Erregung die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens gegen die Sozialdemokratie, um vorher sie die Erringung weiteren Mandates unmöglich zu machen. In Berlin und in anderen Kreisen, wo den Sozialdemokraten sogenannte „Freisinnige“ gegenüber standen, forderten die konseriativen Zeitungen die Junter und Juntergenossen, Antisemiten und sonstiges politisches Glück auf, für die Freisinnigen einzutreten, für die dieselben Leute, die sie einige Tage vorher als „Umfürzler“ mit den Sozialdemokraten in einen Topf geworfen hatten! Die „Freisinnigen“ haben sich nicht nur diese Unterstützung gern gefallen lassen, sondern sich auch dafür erwandt, indem sie in anderen Kreisen den Reaktionären zum Siege über die Sozialdemokratie verholfen. Sogar für die Partei der politischen Hanswursterei, für den Antisemitismus, sind die „Freisinnigen“ hier und da eingetreten, um die sozialdemokratischen Kandidaten zu Fall zu bringen. Zwischen Zentrum und Nationalliberalismus sind förmliche Stichwahl-Bündnisse zum Ausdruck gebracht worden. Auch die „arbeiterfreundlichen“ Nationalsozialen sind offen auf die Seite der reaktionären Parteien getreten, um auch ihr Theil zur Verhängung der Sozialdemokratie beizutragen.

Diese Thatsachen müssen bei Beurteilung der Stichwahlergebnisse berücksichtigt werden. Es kommt dabei ferner in Betracht die geradezu schamlose Beeinflussung, der große Massen abhängige Wähler unterworfen worden sind.

Da kann es nicht Wunder nehmen, daß der Sozialdemokratie in der Stichwahl einige der seither von ihr vertretenen Kreise entzogen wurden. Es sind das Berlin II und V, Stettin, Kiel, Dortmund, Bremen, Brandenburg und Höchstädt-Lingen. In allen diesen Kreisen unterlagen die sozialdemokratischen Kandidaten mit wenigen Stimmen dem Ansturm der vereinigten „Drehungsparteien“. Der Kreis Solingen ging uns dadurch verloren, daß infolge der bekannten hässlichen perfonlichen Streitseiten ein Theil der früheren sozialdemokratischen Wähler Vertraut an der Partei übte, indem sie für den bürgerlichen Kandidaten und gegen den Kandidaten der Partei stimmten.

Diesen einen Verlust empfinden wir weit schmerzlicher, als alle die anderen Verluste, die der Sozialdemokratie durch die vereinigten Gegner zugefügt worden sind. Diese haben wahrsch. keine Ursache, auf ihre „Siege“ stolz zu sein, die um so weniger als Beweise für einen „Rückgang der Sozialdemokratie“ gelten

kennen, als ihm überraschend ausgleichende Ergebnissen gegenüberstehen. Die Partei hat in der Stichwahl behauptet bis seither von ihr vertretenen Kreise: Berlin III, Cöln-Tempelhof, Halle, Breslau-Ost, Waldenburg und Braunschweig. Dazu sind 18 neue Kreise erreungen worden, nämlich: Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt, Spremberg, Bernburg, Naumburg-Zeitz, Forst-Lausitz, Böppau, Bitterfeld, Aschersleben, Holzminden, ferner Darmstadt und die drei hessischen Hauptstädte Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim, sowie der bayrisch-pfälzische Kreis Ludwigshafen-Speyer, außerdem noch Rostock, Weimar-Apolda und Erlangen.

Dabei ist zu beachten, daß die sozialdemokratischen Stimmen in der Stichwahl abermals eine erhebliche Vermehrung erfahren haben. Jedenfalls sind weit über zwei Millionen Stimmen in beiden Wahlgängen auf die Sozialdemokratie vereinigt worden. Noch mehr als vor fünf Jahren ist sie als starke Partei Deutschlands aus dem Wahlkampfe hervorgegangen.

Die Zahl der erreungenen Mandate beträgt 56. Diese Zahl bleibt im Verhältnisse weit hinter der wirklichen Stärke der Partei zurück.

Alles in Allem hat sich ergeben, daß die Sozialdemokratie nur auf sich selbst angewiesen ist. Ihre Resultate sind durch ehrlichen Kampf gewonnen, nicht durch elenden Schäfer zu Stande gebracht, nicht durch politische Charakterlosigkeit und Angst und Trug und brutale Beeinflussung herbeigeführt worden. Darauf darf sie stolz sein. Alle ihre Erfolge fallen den Ordnungsparteien gegenüber doppelt und dreifach in's Gewicht. Die Stimmen von mehr als zwei Millionen ehrlich überzeugter Männer wiegen in der Waage des politischen Schicksals der deutschen Nation unendlich viel schwerer, als alle die Stimmen der sogenannten staatsverkettenden Elemente, der politischen Spekulanten, Schacherei und Charlatane.

Hätten wir ein gerechtes Wahlsystem, und käme beim Wahlalte selbst das Recht durchaus zur Geltung, die Sozialdemokratie würde die Mehrheit der Reichstagsmandate haben! Aber es fehlt an der Erfüllung der gesetzlichen Vorschrift, daß auf je 100 000 Einwohner ein Abgeordneter kommen soll. Die falsche und ungerechte Wahlkreisgeometrie kommt bei den Gegnern der Partei des arbeitenden Volkes zu Nutzen. Der Umstand, daß die Wahlen an einem Werktag stattfinden, verhindert Hunderttausende wirtschaftlich abhängige Wähler, ihr Wahlrecht auszuüben. Man nehme die Wahl an einem Sonnabend vor oder

Die Zollstelle Garde hielt am 19. Juni ihre regelmäßige Versammlung ab. Die Versammlung war leider nicht besonders gut besucht. Durch die Unterordnung des früheren Zollstelle hat die Bewegung eines Mitglieders erfüllt. Offensichtlich haben die Kollegen dies bald überwunden. Seitens der Verwaltung werden die Mitglieder dringend ermuntert, ihre Beiträge zu bezahlen und auch regelmäßig die Versammlungen zu besuchen. Wiederum ist sich ein Beispiel an den acht Kollegen zu nehmen, die sich über aus dem Kreisverein, dem sie 18 - 25 Jahre angehören, ausführlicher ließen, als daß sie darum Verbandsmitte wünschen.

In der am 9. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung der Zollstelle Hamburg wurde, nach einer kurzen lebhaften Diskussion, mit 11 gegen 40 Stimmen die Wiedereröffnung der Herren Schaffert und Schäfer beschlossen. Sodann wurde auf Antrag der örtlichen Verwaltung die Aufnahme einer Statute beschlossen. Die Abrednung ergab für Mai eine Einnahme und Ausgabe an die Hauptstelle von 1127,84, Ansätze M. 229,83. Hierauf wurde gestellt, daß nicht überall Bütter rezipiert würden, wobei für die Partei, noch für den Stellfonds. Sodann berichtete der Bevollmächtigte, daß die Mauer bei dem Unternehmen Wolff in Hamm eine unentbehrliche Verbindung zu erhalten haben, außerdem sei das Material ein sehr schlechtes, das Mauerwerk habe schon beträchtlich Mife gesetzt, die dann einfach wieder eingesetzt werden würden. Die Baupolizei möge sich den Bau und das Material etwas genauer untersuchen. Weiter wurde berichtet, daß bei dem Unternehmer Hirsch in der Westvorortstraße von Anfang an Maßnahmen geplant seien. Dieses sei erst in letzter Zeit durch zwei dort angestellte organisierte Kollegen festgestellt. Erst auf Veranlassung der Verwaltung habe der Unternehmer verstanden, den ortsüblichen Sohn zu zahlen. Dach solche Zustände eintreten, sei eins und allein Schulb der Kollegen, weil sie sich nicht organisieren. Sich im Eingangsturm herumtreiben und Vorhübler spielen, das sei die Aufgabe einer ziemlich großen Anzahl Hamberger Maurer. Ein hinterbommernder oder oberflächlicher Maurer verachtet besser seine wirtschaftlichen Interessen als wahren, als diese, gebildeten Hamberger. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß, bevor man bei Unternehmern, die Staatsarbeiten auszuführen haben, in Arbeit tritt, sich erl vergewissert müsse, daß auch der nötige Hochentlohn gezahlt wird; in letzter Zeit sei dies nicht mehr überall den Fall gewesen. Polizei-Schulinschriften und Staatsarbeiten und betonten, dann die Geister um ihren so sauer verdienten Hochschule. Hier sollten zu schaffen, sei doch wohl die Ausübung des Staates. An die Vollsortierung in Hamburg habe man sich vergebens gewandt.

Die Zollstelle Neuhausen hielt am 19. Juni ihre Mitgliederversammlung ab. Es waren sich in unserer Zollstelle vier Hamberger und drei Dresdener Kollegen angemeldet. Nachdem die Beiträge erhoben waren, brachte im Punkt 2 der Tagesordnung Kollege S. M. o. l. o. den üblichen Rückblick des vor hier Woche eingetroffenen Mitglieders Martin Lingensöhl zur Sprache und ließ darüber abstimmen, ob ihm ein Nachruf im "Grubstein" gewünscht werden sollte. Es wurde dies von sämtlichen Kollegen abgestimmt, da nachgenommen wurde, daß der Vorsitzende gleich nach dem Eintritt in den Verband sein Mitgliedsbuch zurücksetzt und in's Feuer geworfen habe. Ferner berichtete der Bevollmächtigte, daß es hier noch Jahren Schriftunterschriften und berichteten, dann die Geister um ihren so sauer verdienten Hochschule. Hier sollten zu schaffen, sei doch wohl die Ausübung des Staates. An die Vollsortierung in Hamburg habe man sich vergebens gewandt.

Am Freitag (14. Juni) tagte an Sonntag, den 12. Juni, die regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Franz Nielström sprach zunächst über die letzte Kreiskonferenz in Offenbach und legte den Kollegen klar, daß es ihre unabdingbare Pflicht sei, die Praktiken der Kreiskonferenz zu befolgen, was leider bis jetzt nicht getrieben sei. Ferner behaupte er, daß so wenig wie den Stellfonds gesammelt wurde und fühlte vor einer obligatorischen Stellfondsbeteiligung von 16 % wohlbekannt einzutreten. Da aber verschiedene Kollegen den vorgeschlagenen Beitrag als zu hoch erachteten und auch die Versammlung nur schwach besucht war, wurde die Abstimmung bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt. Ferner wurde befürwortet, daß die vorhandenen Gelder sofort abgeschoben werden sollen, die Mitgliederbeiträge nach Hamburg und die Stellfondsgelder nach Frankfurt a. M. Zur besseren Kontrolle der Stellfondsbanken wurde befürwortet, daß jedes Mitglied seine Stellfondsbank in das Mitgliedsbuch einzurichten habe. Nicht ließ dann den Kollegen noch klar, wie notwendig es gerade hier in Kirdorf sei, zu agitieren, um auch die Nichtorganisierten in den Verband zu bringen, damit man auch einmal hier den Ausbildungsgesellen des Unternehmenshofs ein Ziel setzen könne.

Am Freitag, den 17. d. M., tagte in Neuhaldensleben, im Herzogtum Sachsen-Anhalt, eine öffentliche Maurerversammlung, in welche zuerst über die Lage des Stellfonds berichtet wurde. Die Lage ist noch sehr günstig; einige Unternehmer haben schon erklart, sie würden in die nächste Versammlung kommen und sich mit uns eingehen. Als Provisorisch dafür, daß es nicht so günstig mit den Meistern besteht ist, wie sie sich bei Beginn des Stellfonds erklärten, geben, wie die Thatsache geltet, daß ein kein Maurermeister M. fertig gestelltes Kappegnungsblatt eingespielt droht; dafselbe war vor Lehrgängen gemacht und ist auch wieder herausgenommen worden. Nach dem 1. Juli werden die Meister gezwungen sein, die Arbeit wieder aufzunehmen zu lassen. Es stehen viele Neubauten resp. Umbauten, die noch fertig gestellt werden müssen, in Aussicht. Kollege S. i. g. i. ermunterte die Kollegen in freien Worten, tapfer im Kampfe anzutreten. Besonders wies er auf die viele Arbeitsgelegenheit in Westfalen und der Rheinprovinz hin, so dass noch mehrere Kollegen sich bereit erklärt, Montag Neuhaldensleben zu verlassen. Auch wurde ein Antrag des Kollegen Heinrich Schäffler, daß der Lohnkommission pro Tag 50 % mehr verpflichtet werden sollen, einstimmig angenommen. Mit einem Hauch auf die moderne Arbeitserhebung wurde die Versammlung gefeierlich abgeschlossen.

Am 12. d. M. hielt die Zollstelle Neustadt (Oberwald) ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche den Zweck größter Interesselosigkeit erkratze. Es waren im Gangen

18 Mitglieder erschienen. Es scheint, als wenn die Kollegen genügt würdig hätten, die Versammlung zu besuchen. Der Bevollmächtigte bediente sehr die Gleichgültigkeit der Kollegen und bewies, daß die Organisations das einzige Mittel sei, um die wirtschaftliche Lage zu heben. Es wurde beschlossen, bis zum 1. Oktober obligatorisch alle Woche einen Beitrag von 10 % zum Stellfonds beizutragen. Weiter wurden zwei Hilfsfasser gewählt, Adam Herrschaft und Philipp Hinkel, wodurch alle Beiträge jeden Sonntag zu erheben haben. Wie wenige Mitglieder jedoch jedem zu tun kommen. Der Bevollmächtigte legte ferner den anwesenden Kollegen ganz besonders an den Herzen, um dem Ausbau der Organisation zu nutzen. Jeder müsse agieren, so viel in seinen Kräften steht.

An Sonnabend, den 28. Mai, fand in Sangerhausen im Saale der "Schwellerhalle" eine öffentliche Baupolizeiveranstaltung statt, in welcher Kollege S. o. h. als Vertreter aus Antrag der örtlichen Verwaltung die Aufnahme einer Statute beschlossen. Die Abrednung ergab für Mai eine Einnahme und Ausgabe an die Hauptstelle von 1126,59, Ansätze M. 229,83. Hierauf wurde gestellt, daß nicht überall Bütter rezipiert würden, wobei für die Partei, noch für den Stellfonds. Sodann berichtete der Bevollmächtigte, daß die Mauer bei dem Unternehmen Wolff in Hamm eine unentbehrliche Verbindung zu erhalten haben, außerdem sei das Material ein sehr schlechtes, das Mauerwerk habe schon beträchtlich Mife gesetzt, die dann einfach wieder eingesetzt werden würden. Die Baupolizei möge sich den Bau und das Material etwas genauer untersuchen. Weiter wurde berichtet, daß bei dem Unternehmer Hirsch in der Westvorortstraße von Anfang an Maßnahmen geplant seien. Dieses sei erst in letzter Zeit durch zwei dort angestellte organisierte Kollegen festgestellt. Erst auf Veranlassung der Verwaltung habe der Unternehmer verstanden, den ortsüblichen Sohn zu zahlen. Dach solche Zustände eintreten, sei eins und allein Schulb der Kollegen, weil sie sich nicht organisieren. Sich im Eingangsturm herumtreiben und Vorhübler spielen, das sei die Aufgabe einer ziemlich großen Anzahl Hamberger Maurer. Ein hinterbommernder oder oberflächlicher Maurer verachtet besser seine wirtschaftlichen Interessen als wahren, als diese, gebildeten Hamberger. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß, bevor man bei Unternehmern, die Staatsarbeiten auszuführen haben, in Arbeit tritt, sich erl vergewissert müsse, daß auch der nötige Hochentlohn gezahlt wird; in letzter Zeit sei dies nicht mehr überall den Fall gewesen. Polizei-Schulinschriften und Staatsarbeiten und betonten, dann die Geister um ihren so sauer verdienten Hochschule. Hier sollten zu schaffen, sei doch wohl die Ausübung des Staates. An die Vollsortierung in Hamburg habe man sich vergebens gewandt.

Die zweite Mitgliederversammlung der Zollstelle Schwerte fand am 11. d. M. statt. Es wurden zunächst 20 Mitglieder als Mitglieder aufgenommen und es dadurch die Mitgliederzahl bis zu 45 gefüllt. Dann kritisierte Kollege Schäffer die Wirtschaft auf den höchsten Punkt. Wortsinnungen lenkt man auf den Bauteil ebenso wenig, wie man es auch nicht für notwendig findet, die Baupolizei abzudrehen und Schwingerung auszutreiben. Ferner wurde die hier herrschende Unzufriedenheit des Überbaudienstes bestätigt; im Augenblick werden 12 Stunden, einen Tag sogar 18 Stunden gearbeitet und beschlossen, mit aller Kraft für die Realisierung dieses Arbeitsstabes einzutreten. Wie beim Bunde, das es der Zollstelle recht halb gelingen möge, geordnete Verhältnisse im Baugewerbe herzuführen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die auf Sonntag, den 12. Juni, einberufene Versammlung der Maurer von Spandau war wenig besucht. Kollege F. Müller, treibend im Namen der Scholzkommission mit, daß Unternehmer Hüffelbeck mit der Kommission verschant sei, daß Unternehmer habe unsere Forderung befürwortet, nur wollte er drei Kollegen nicht wieder einstellen, er zieht es vor, wenn nicht mehr alle beschäftigen. Kollege F. Müller kontrarierte auf die Sperrre und wird die Wettbewerb von der Versammlung abgetrennt. Einstimmig wurde bestimmt, die durch ausgelöste Kollegen aufzuteilen. Ferner berichtigte der Vorsitzende, daß die Versammlung dieses Arbeitsstabes fünfzig Minuten dauerte. Der Sperrre und wird die Wettbewerb von der Versammlung abgetrennt. Eine weitere Ausstellung des Martin-Luther-Kirche folgte. Ferner berichtigte der Vorsitzende, daß die Versammlung abgetrennt. Viele Kollegen sind auf die Meinung, jetzt haben wir je 30 %, nun brauchen wir keine Versammlung mehr. Kollege Waldbott äußerte sich in ähnlicher Weise.

Zum Abschluß fand am 4. Juni eine öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege S. o. l. o. stellte einen Vortrag über „Maurer im Baugewerbe“, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Die Lohnkommission erläuterte sodann Bericht über die mit dem Unternehmer Mahler gepllogenen Verhandlungen betreffs Aufzeichnung des Baupausers. Die Lohnkommission soll beim Architekten Weinberg vorliegen abgetrennt werden, indem auf der Rembrandt in Alsfeld gearbeitet wird. Dem Kollegen Schäffer ist wurde hauptförmig zum Vorwurf gemacht, daß er das Arbeitseinkommen seines Meisters, für den Quadratmeter Beton 10 % Zulage zu erhalten, angenommen habe, damit die Kollegen fleißiger arbeiten sollen.

Am Dienstag fand im Saal des Herrn Kästner die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zollstelle Weimar statt, welche gut besucht war. Die Lohnkommission erläuterte die Mitgliederversammlung der Zollstelle Weimar, die in der nächsten Versammlung die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zollstelle Weimar statt, welche gut besucht war. Die Kästner erwähnte die Kollegen, die durch den Stellfonds einzutreten und helfen für den Ausbau des Verbandes Sorge zu tragen. Zum Schluss wurde noch die örtliche Verwaltung neu gewählt. Es fungiert als erster Bevollmächtigter Kollege August Hönsch, und als erster Kästner Kollege Heinrich Franz.

Stoffkäteure.

An die Kollegen Rheinlande und Westfalen!

Zum Abschluß der Konferenz in Krefeld, in nächster Zeit ein Flugblatt zu verbreiten, ist ein solches an die Räte des Rheinlandes und Westfalens abgeschickt, da ja auf der Konferenz die Meinung zum Ausdruck kam, ein Flugblatt hätte bestrebt der Agitation mehr Wirkung. Wie erfuhr nun die Verantwortungsmänner, dass sie rege zu verteilen. Um weitere Zusendungen wolle man sich an das Agitationskomitee wenden.

Daniel Bullmann, Vorsteher, Hauptstraße 42.

Heinrich Krausen, Kästner, Postamt 24-26.

Bernhard Heim, Schreiberei, Mauritiushaus.

* * *

Franckfurt a. M. Am Dienstag, den 7. Juni, tagte im Lokal des Herrn Stein eine öffentliche Stoffkäteureversammlung mit der Tagesordnung: 1. Regelung betreffs Auszahlung der Fleischunterhaltung; 2. Besprechung und Regelung des Arbeitsnachweises; 3. Beschiedenes. Bezüglich des ersten Punktes wurde befürwortet, die Fleischunterhaltung im Lokal des Herrn Stein durch Herrn Stein auszuführen, da ja auf der Konferenz die Meinung zum Ausdruck kam, ein Flugblatt hätte bestrebt der Agitation mehr Wirkung. Wie erfuhr nun die Verantwortungsmänner, dass sie rege zu verteilen. Um weitere Zusendungen wolle man sich an das Agitationskomitee wenden.

Franckfurt a. M. Am Dienstag, den 7. Juni, tagte im Lokal des Herrn Stein eine öffentliche Stoffkäteureversammlung, in welche zuerst über die Lage des Stellfonds berichtet wurde. Die Lage ist noch sehr günstig; einige Unternehmer haben schon erklärt, sie würden in die nächste Versammlung kommen und sich mit uns eingehen. Als Provisorisch dafür, daß es nicht so günstig mit den Meistern besteht ist, wie sie sich bei Beginn des Stellfonds erklärten, geben, wie die Thatsache geltet, daß ein kein Maurermeister M. fertig gestelltes Kappegnungsblatt eingespielt droht; dafselbe war vor Lehrgängen gemacht und ist auch wieder herausgenommen worden. Nach dem 1. Juli werden die Meister gezwungen sein, die Arbeit wieder aufzunehmen zu lassen. Es stehen viele Neubauten resp. Umbauten, die noch fertig gestellt werden müssen, in Aussicht. Kollege S. i. g. i. ermunterte die Kollegen in freien Worten, tapfer im Kampfe anzutreten. Besonders wies er auf die viele Arbeitsgelegenheit in Westfalen und der Rheinprovinz hin, so dass noch mehrere Kollegen sich bereit erklärt, Montag Neuhaldensleben zu verlassen. Auch wurde ein Antrag des Kollegen Heinrich Schäffler, daß der Lohnkommission pro Tag 50 % mehr verpflichtet werden sollen, einstimmig angenommen. Mit einem Hauch auf die moderne Arbeitserhebung wurde die Versammlung gefeierlich abgeschlossen.

Am 12. d. M. hielt die Zollstelle Neustadt (Oberwald) ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche den Zweck größter Interesselosigkeit erkratze. Es waren im Gangen

immer auf dem Laufenden zu sein; es sind jetzt nur noch sechs Männer übrig, die nicht vertreten waren. Sodann wurde bekannt gemacht, daß bei Herrn Holzgiessermeister H. u. f. und Obermeister Schäffer in Miller noch ein Schuber gearbeitet wird und wurde einstimmig beschlossen, über diese Gesichter die Spese zu verhängen, und zwar so lange, bis die Herren Meister ebenfalls die zehntägige Arbeitszeit einführen. Die Kollegen bewilligten ebenfalls alle Beiträge jeden Sonntag zu erheben haben. Wie wenige Mitglieder jedoch jedem zu tun kommen. Der Bevollmächtigte legte ferner den anwesenden Kollegen ganz besonders an den Herzen, um dem Ausbau der Organisation zu nutzen. Jeder müsse agieren, so viel in seinen Kräften steht.

An Sonnabend, den 28. Mai, fand in Sangerhausen

im Saale der "Schwellerhalle" eine öffentliche Baupolizeiveranstaltung statt, in welcher Kollege S. o. h. als Vertreter aus Antrag der örtlichen Verwaltung die Aufnahme einer Statute beschlossen. Das Thema „Marine“ organisiert wie uns? referierte und schaffte seiner Kollegen zur Unterstützung der Münzbeamten einlebige. Zuletzt war die Versammlung nur schwach besucht, welches wohl keinen Grund mit in der englischen Zeit hatte. Die Kollegen wogen über zufällig die Versammlungen beider befreundeten Vereinen.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist

jedoch das 33. Heft des 16. Jahrganges erschienen. Aus dem Jahrheft leben wir hier:

- Zur Frage der gewerkschaftlichen Arbeitsschulen-Unterstützung. Von Konrad Haenlein. Das österreichische Staatsseelschulwesen.

- Zur Theorie der Arbeitsschule. Von A. S. D. (Kraatz). Galton und die modernen Arbeitsschulen.

- Zur praktischen Frage. Von B. B. (Bürgelhof). - Der Normalarbeitsplatz und die experimentelle Physiologie. - Von J. S. (Johannes Staudinger). Ein kurzes Kapitel aus dem Gesichter der wissenschaftlichen Rechtsprechung.

- Die Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Gewerber. Von A. Winters.

- Händlerische Gewerkschaftlichkeit. Neben die japanische

Zollstelle. Gewerkschaft. Gewerkschaft. Gewerkschaft. Gewerkschaft.

- Rathenow und Neu-Boppin. Die Anzeigen für den

Verbandsangehörigen müssen, wie ja auch am Kopfe des

Verbandsangehörigen, für jede Versammlung besonders eingetragen werden.

Abschließung für das erste Quartal 1898 des Zentral-Verbandes

der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Sie Hamburg.

Ginnahme in den Zollstellen.

Kassenbestand vom vierten Quartal 1897.	M. 4440,82
An Eintreffsgegenwart (25 % d. Einnahmen).	" 8949,-
" wöchentlichen Beiträgen.	" 37448,70
" sonstigen Einnahmen.	" 309,95
" Aufzehr aus der Hauptkasse.	" 1910,52
Summa.	M. 47951,99

Ausgabe in den Zollstellen.

An die Hauptkasse eingefüllt.	M. 27938,02
Zur Eintreffsgegenwart (25 % d. Einnahmen).	" 10289,80
" Meiteunterhaltung.	" 1667,30
" Medizinschule.	" 2929,86
" Unterstüzung nach § 1 des Status.	" 06,15
" Versets durch Unterstüzung u. aufgelöste Zollstellen.	" 89,98
Kassenbestand vom ersten Quartal.	" 4578,18
Summa.	M. 47851,99

Ginnahme in der Hauptkasse.

Kassenbestand vom 31. Dezember 1897.	M. 1874,57
Zur Eintreffsgegenwart.	M. 5,-
" wöchentlichen Beiträgen.	" 69,95
" sonstigen Einnahmen.	" 14,30
Summa.	M. 27223,02
Aus den Zollstellen eingefüllt.	" 2,70
Zollkass. durch Dietrich erhalten.	" 2850,-
Summa..	M. 27503,64

Ausgabe in der Hauptkasse.

Zur Unterhaltung verschiedener Sorten Meister.	M. 302,50
Agitation an den Generalbediensteten.	" 720,-
" das Prädikanten." Der Grubstein".	" 3770,-
" Aufzehr an Zollstellen.	" 1810,62
" Wochenschule für den Vorstand.	" 4,70
" Beifrei zwecks Reisekosten in Bahnhöfen.	" 125,90
" Deutschen Nationalen Bevölkerungsbehörde und	" 2
" Anschrift in Bureau.	" 2400,-
" Bediensteten.	" 97,60
" Vorstandsbüro.	" 27,75
Summa.	M. 2564,85

Vereinshilfe, Reinigung, Heizung und Beleuchtung.	" 187,98
Bücherverkäufe.	" 2000 Mitgliedsbücher,
240 Zeitschriften, 184 Kassenbücher.	" 1289,85
Zollstellenkasse und Zubehör.	" 184,80
Bücher und Schreibmaterial.	" 77,-
Belegschaftsabonnement und Verschiedenes.	" 10,90
des Stellfonds.	" 40000,-
Summa.	M. 26445,65

Zur Posto.	" 376 Padate.
304 Kreisabteilungen.	" 157,71
Bücherei, Depechen und Geldsendungen.	" 218,15
Briefgeld.	" 86,15
Summa.	M. 550,81

Ginnahme.	M. 57682,54
Ausgabe.	" 57398,21
Kassenbestand.	" 284,83

Termögens Ausweis.

Kassenbestand in den Zollstellen.	M. 4573,18
Wochenkasse.	" 284,33
Wochenkasse belag.	" 32086,29
Summa.	M. 36943,30

Hamburg, den 19. Juni 1898.

J. Köster, Kästner.
H. Preßler, Garburg.
E. Hartwig, Hamburg.
G. Marx, Altona.

In Darmstadt wurden auf verschiedensten Punkten Verhandlungen fortgesetzt, weil sie während des Bauunternehmens von den Geistlichen wünschten. Es sind dies die Baugeschäfte von A. Wagner und H. Hirsch & Cie. Auch ist hier zu halten. Die Sperrre bleibt auch bestehend über die Punkte des Unternehmens. Samo.

Von und Arbeitsbedingungen in Stuttgart. In der gemeinsamen Sitzung der Maurermeister und der Betriebsleiter der Baugesellschaften von Stahlbau und Leopoldshof am 17. Mai d. J. wurde nachfolgende Vereinbarungen getroffen:

1. Der unter 29. Januar d. J. vom Centralverbande um Arbeitsgeber gerichtete Antrag, die Allorarbeit ganzlich aufzugeben, wurde einstimmig abgelehnt. Den Arbeitnehmern wurde dogmatisch verheißen, die Allorarbeit fernher zu halten, doch ein geringer Gefälle bei normaler Arbeit 40 % pro Stunde verboten. Die Tagessumme für einen längeren und größeren Maurer wurde bei einer Arbeitzeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends auf 4 regelegt, für die Stunde kommt auf 40,-.

2. Übernahmen und Sonntagsarbeiten, die jedoch nur in bringenden Fällen gestattet werden sollen, werden mit 10 % pro Stunde mehr vergütet, ebenso außergewöhnliche, schwierige Arbeiten.

3. Bei auswärtigen Arbeiten, wo die Mauern benötigt werden, wird das Fahrtgebiet begrenzt, auch soll bei solchen passiven Wahrnehmung die gesamte Arbeitszeit nicht in Abzug gebracht werden. Sind die Mauern bei auswärtigen Arbeiten genügend dort zu übernachten, so wird in diesem Falle 4,- pro Tag zu dem Tagelohn mehr verhängt.

4. Die Lohnzahlung geschieht am Sonntagnachmittag vor 5 Uhr ab auf der Baustelle beziehungsweise im Comptoir. Vor den drei großen Festtagen, Ostern, Pfingsten und Weihnachten, auch am Osterfest, eine Stunde früher, als 4 Uhr ab.

5. Wegen der Baubuden, Aborte etc. gelten die durch das Gebe gegebenen Vorschriften und Bestimmungen.

6. Die Gesellen verpflichten sich den Meistern gegenüber, Privatarbeiten nicht unter 50,- pro Stunde auszuführen.

7. Diese Vereinbarungen gelten für die Zeit vom 1. Juni d. J. bis zum 30. April 1899. Ferner wird noch festgestellt, daß bei vor kommenden Differenzen die Arbeitsgeber und Arbeitnehmer zur Schlichtung zusammentreten sollen.

Stuckaturen.

In Stuttgart ist über die Firmen Hofheimer und Gipsmeister Schallmäuller die Sperrre verhängt.

Aus unserer Bewegung.

Die Sozialstellenverwaltungen derjenigen Orte, wo italienische Werkzeugmacher in größerer Zahl arbeiten, werden auf die italienische Arbeitserziehung „L'Operario Italiano“ aufmerksam gemacht. Die Einführung und zu verlässige Verbesserung dieses Blattes unter den italienischen Mauern und Bauarbeiter ist unter allen Umständen notwendig. Bestellungen sind an die Expedition des „Grundstein“ zu richten.

* * *

Am Sonntag, den 5. Juni, fand in Augsburg eine Mausbauverhandlung statt, zwecks Gründung einer Sozialstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands. Nachdem mit warmer Worten vom Genossen Martin Lengking der Willen um die Vorstellung des Belehrers einer Baustelle den Besinnungsentzündung hergestellt war, wurde die Wahl der Sozialverwaltung vorgenommen und resultiert, daß die Sozialstelle aus ganz bekanntem und willenskräftigen Leuten. Ferner wurden in Verhöldung noch mehrere Verbandsangestellten gereget, worauf dann von Genossen Meisinger nochmals darauf hingewiesen wurde, daß es nur durch kräftiges Zusammenschließen und durch eine ernsthafte Agitation möglich ist, das Angesetztes zum Erfolg zu bringen und Gedanke zu bringen. Darauf ließen sich noch mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen, so daß am Schlusse der Versammlung eine Mitgliedschaft von 32 eingetriebenen Mitgliedern vorhanden war. Kollegen, an Gott loben es nun, dafür zu sorgen, dass nun endlich eine Baustelle so ausbaute, daß auch ihr endlich einmal in die Lage kommt, die hier zur Gewissheit vorhandenen Missstände in Bewegung zu bringen. Dies kann aber nur durch eine gute und starke Organisation möglich werden. Daraum hier jeder seine Pflicht, besagte stets die Versammlung und agiere und lache immer mehr und mehr Mitglieder dem Verband anzuhören. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag, den 3. Juli, Vormittags 10 Uhr, im Gospahause „Zum Mittelsbach Hof“, Jesuitengasse 5, statt und vor da ab regelmäßig alle 14 Tage zur gleichen Tageszeit und im gleichen Lokal.

In Berlin fand am Donnerstag, den 9. d. M. eine gut besuchte Baubudenversammlung statt. Erstens gab eine gute Menge Arbeitnehmer über den Stand der Lohnbewegung, einer kurzen Übersicht über die Entwicklung der Sozialversammlung. Am Zeit vom 16. Mai bis 5. Juni wurde insgesamt auf 12 Punkten die Lohnforderung gestellt. Es steht 10 Pünktchen, wo 204 Kollegen beschäftigt waren, es ohne Arbeitsleistungserlegung die Forderung bewilligt. Zur Zeit kam großer, für die hier bestehenden Verhältnisse ausreichende Bedarf, 3. V. H. & Co., Strauchische Alttengelhoff und andere mehr. Die oben Raum gemachten Zugeständnisse legen Zeugnis ab, daß der so nobiswürdige Lohnansteigerung der höchsten Maurermeister von dieser Seite erfreut habe. Rücksicht auf die Dauer nicht mehr entgehen gebracht wird. Es wird dort auch endlich eingesehen, daß eine Verbesserung unserer Lohnverhältnisse beiden Seiten zum Vortheil gereichen werde. Natürlich sind diese, durch vernünftiges beiderseitiges Entgegkommenen erreichten Ergebnisse gegenüber auch Bürgerfeste zu vergegenstehen. Bei dem Unternehmer Müller, Bau Baileysstraße (Herr Müller ist nebenbei auch Kleinmeister), wurde gleichzeitig die Lohnforderung gestellt. Es kam diesem Herrn überhaupt nicht in den Sinn, daß gewünschte Forderungen gegenüber einer Verhandlung unter beiden Seiten herzu führen; mit seinen Bedenken sollte man die dort beschäftigten Maurer abweisen, was sich diejenigen natürlich nicht gefallen ließen; es kam dann auch zur Sperrre, in welcher nun von den dort beschäftigten Maurern Alles beschlossen wurde, um Herrn Müller eines Anderen zu befehlen. Sollte man hier den Grundbegriff, gleiches Recht für Alle, gelten lassen? Es wäre möglich gewesen, diesen Herrn weiß zu machen; aber was geschieht? in jemals vor der Polizei für die Partei des Unternehmers Stellung genommen worden, so hier. Unser Kollegen wurde sogar das Stehen auf dem Straßendomänen verboten, und wenn sich auf einer Stelle zweimal sehen ließ, wurde mit zur Wache

gezwungen. Anders war natürlich das Verhältnis gegenüber dem Gewerbevorsteher; Leute, welche den Arbeitsnachweis unserer

Gesellen annehmender Unternehmen frequentierten, stellten sich der Unternehmer vor die Verhandlung und wurden unter der schützenden Hand der Polizei auf die Arbeitsstelle truppendienstlich gebracht.

Durch ähnliches Vorgehen wurden auch noch berücksichtigte Baustellen zu Ungunsten der höchsten Maurermeister entschieden. Ein weiterer Fall, welcher unter den Klausuren beschäftigte Baustellen zur Verhandlung herbrachte, stellte Freischafft noch in Bezug auf den Unternehmer Herrn Kraum mit. Dieser schaute fit nicht von seinem 26. Mai auf den Bauhof auf die Baugeschäfte Nr. 82 beschäftigten Maurern zu verlangen, daß dieselben pro Manu und pro Tag 2000 Stühle vermieteten sollten; als diesem Herrn ein kräftiges „Nein“ gelagt wurde, erfolgte Auspferzung sämtlicher Maurer.

Ob nun aber die mit Hilfe von Polizei und Arbeitsnachweis nach diesem Bau verordneten Leute den Aufruhr überstanden, gebliebenen Baustellen gehörten, bleibt abzuhören; vorher haben die Unternehmer gezeigt, daß sie die Schallentenzen der Unternehmer gehörten, welche die Kollegen gebrauchen sind, andere Arbeiten nebenbei

zu verrichten, um wenigstens Arbeit zu verdienen, daß sie ihre Baustelle mindestens menschenwidrig errichten können. Außerdem verhindert sie auch über die Allorarbeit und legt, daß durch dieselbe sehr viele ältere Kollegen arbeitslos werden, und daß selbst diejenigen Kollegen, welche im Altstadt arbeiten, keinen großen Vorbehalt hätten, sondern daß sie die Schallentenzen der Unternehmer gehörten, welche die Kollegen gebrauchen sind, andere Arbeiten nebenbei

zu verrichten, um wenigstens Arbeit zu verdienen, daß sie ihre Baustelle mindestens menschenwidrig errichten können. Außerdem noch darf darauf hingewiesen werden, daß das Unternehmertum freilich nichts gibt, sondern daß die Kollegen alles, was für die Notwendigkeit eines Betriebes erforderlich machen müssen.

Da aber jedes Einzelne nichts zu erkämpfen vermag, forderte die Kollegen an, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Ausbreitung der Organisation einzutreten. In der hierauf

folgenden Debatte sprachen sich sehr viele Kollegen in Stimme der Austritt aus, und folgender Aufruf stand nach längerer Debatte gegen wenige Stimmen ein:

„Am 9. Juni tagende Versammlung der Dresden Maurer bestätigt, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen. Die Forderung ist der am 9. Mai bestehenden Arbeitsvertragsergänzung des Maurer-

vereins mit dem Geschäft zu unterstellen, mit der Lohnziffernung wegen der gestellten Forderung in Unterbindung zu treten. Außerdem soll die Kollegen auf den einzelnen Baustellen auf die aufgestellte Forderung in Reimhülle zu setzen und um ihre Stellung zu der Forderung zu bringen.“ Weiter bestätigt die Kollegen die Forderung einer Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen, mit der Lohnziffernung wegen der gestellten Forderung in Unterbindung zu treten. Außerdem auf die Kollegen auf den einzelnen Baustellen verpflichtet, ihre Arbeitgeber bis spätestens nächstes Sonntagnachmittag die aufgestellte Forderung in Reimhülle zu setzen und um ihre Stellung zu der Forderung zu bringen.“ Weiter wurde die Kollegen bestätigt, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen. Die Forderung ist der am 9. Mai bestehenden Arbeitsvertragsergänzung des Maurer-

vereins mit dem Geschäft zu unterstellen, mit der Lohnziffernung wegen der gestellten Forderung in Unterbindung zu treten. Außerdem auf die Kollegen auf den einzelnen Baustellen verpflichtet, ihre Arbeitgeber bis spätestens nächstes Sonntagnachmittag die aufgestellte Forderung in Reimhülle zu unterstellen, mit der Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Die heutige Debatte gegen wenige Stimmen ein:

„Am 9. Juni tagende Versammlung der Dresden Maurer bestätigt, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen. Die Forderung ist der am 9. Mai bestehenden Arbeitsvertragsergänzung des Maurer-

vereins mit dem Geschäft zu unterstellen, mit der Lohnziffernung wegen der gestellten Forderung in Unterbindung zu treten. Außerdem auf die Kollegen auf den einzelnen Baustellen verpflichtet, ihre Arbeitgeber bis spätestens nächstes Sonntagnachmittag die aufgestellte Forderung in Reimhülle zu unterstellen, mit der Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Am Sonntag, den 12. d. M. Nachmittags 2 Uhr, tagte

in Bremen im Grundwinkel eine öffentliche Baubudenversammlung. Tagesordnung: Die Wirtschaftsschlüsse. Kollege

W. J. & Magdeburg legte den Anhänger klar, daß nur durch eine feste Organisation die Arbeit im Stande sind, ihre soziale Lage zu verbessern. Nach dem Vortrage ließen sich sofort 80 Kollegen in den Verband aufnehmen und verpflichteten sich, auf den Baustellen unter den Kollegen kräftig dafür zu arbeiten, daß unverrechnet den aufzufindenden Baubuden, kräftig für die Versammlung am 9. Mai bestätigt, ihre Arbeitgeber bis spätestens nächstes Sonntagnachmittag die aufgestellte Forderung in Reimhülle zu unterstellen, mit der Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Am Dienstag, den 13. d. M. Nachmittags 2 Uhr, tagte

in Bremen im Grundwinkel eine öffentliche Baubudenversammlung. Tagesordnung: Die Wirtschaftsschlüsse. Kollege

H. E. bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern und meinte, wie als Baubudenfeste könnten es überall nicht bilden, wenn die Arbeitgeber sich dem Unternehmertum mit ihrer Organisation verpflichtet hätten. Dies Alles könnte aber noch nachgeholzt werden, sobald ein jeder seine Schuldigkeit thue. Weiter

es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Wirtschaftsschlüsse der heutigen Versammlung dem Arbeitgeber zu unterbreiten. Wenn dann ein jeder für den Ausbau der Organisation eintritt und sucht Heber für die Organisation weiter zu verbreiten, so wird uns auch der jetzt bestehende Kampf nicht verschwert.“ Nachdem wiederum die Kollegen sich dem Unternehmertum mit ihrer Organisation verpflichtet hatten. Dies Alles könnte aber noch nachgeholzt werden, sobald ein jeder seine Schuldigkeit thue. Weiter

es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Wirtschaftsschlüsse der heutigen Versammlung dem Arbeitgeber zu unterbreiten. Wenn dann ein jeder für den Ausbau der Organisation eintritt und sucht Heber für die Organisation weiter zu verbreiten, so wird uns auch der jetzt bestehende Kampf nicht verschwert.“ Nachdem wiederum die Kollegen sich dem Unternehmertum mit ihrer Organisation verpflichtet hatten. Dies Alles könnte aber noch nachgeholzt werden, sobald ein jeder seine Schuldigkeit thue. Weiter

es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Wirtschaftsschlüsse der heutigen Versammlung dem Arbeitgeber zu unterbreiten. Wenn dann ein jeder für den Ausbau der Organisation eintritt und sucht Heber für die Organisation weiter zu verbreiten, so wird uns auch der jetzt bestehende Kampf nicht verschwert.“ Nachdem wiederum die Kollegen sich dem Unternehmertum mit ihrer Organisation verpflichtet hatten. Dies Alles könnte aber noch nachgeholzt werden, sobald ein jeder seine Schuldigkeit thue. Weiter

es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Wirtschaftsschlüsse der heutigen Versammlung dem Arbeitgeber zu unterbreiten. Wenn dann ein jeder für den Ausbau der Organisation eintritt und sucht Heber für die Organisation weiter zu verbreiten, so wird uns auch der jetzt bestehende Kampf nicht verschwert.“ Nachdem wiederum die Kollegen sich dem Unternehmertum mit ihrer Organisation verpflichtet hatten. Dies Alles könnte aber noch nachgeholzt werden, sobald ein jeder seine Schuldigkeit thue. Weiter

es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Wirtschaftsschlüsse der heutigen Versammlung dem Arbeitgeber zu unterbreiten. Wenn dann ein jeder für den Ausbau der Organisation eintritt und sucht Heber für die Organisation weiter zu verbreiten, so wird uns auch der jetzt bestehende Kampf nicht verschwert.“ Nachdem wiederum die Kollegen sich dem Unternehmertum mit ihrer Organisation verpflichtet hatten. Dies Alles könnte aber noch nachgeholzt werden, sobald ein jeder seine Schuldigkeit thue. Weiter

es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Wirtschaftsschlüsse der heutigen Versammlung dem Arbeitgeber zu unterbreiten. Wenn dann ein jeder für den Ausbau der Organisation eintritt und sucht Heber für die Organisation weiter zu verbreiten, so wird uns auch der jetzt bestehende Kampf nicht verschwert.“ Nachdem wiederum die Kollegen sich dem Unternehmertum mit ihrer Organisation verpflichtet hatten. Dies Alles könnte aber noch nachgeholzt werden, sobald ein jeder seine Schuldigkeit thue. Weiter

es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Wirtschaftsschlüsse der heutigen Versammlung dem Arbeitgeber zu unterbreiten. Wenn dann ein jeder für den Ausbau der Organisation eintritt und sucht Heber für die Organisation weiter zu verbreiten, so wird uns auch der jetzt bestehende Kampf nicht verschwert.“ Nachdem wiederum die Kollegen sich dem Unternehmertum mit ihrer Organisation verpflichtet hatten. Dies Alles könnte aber noch nachgeholzt werden, sobald ein jeder seine Schuldigkeit thue. Weiter

es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Wirtschaftsschlüsse der heutigen Versammlung dem Arbeitgeber zu unterbreiten. Wenn dann ein jeder für den Ausbau der Organisation eintritt und sucht Heber für die Organisation weiter zu verbreiten, so wird uns auch der jetzt bestehende Kampf nicht verschwert.“ Nachdem wiederum die Kollegen sich dem Unternehmertum mit ihrer Organisation verpflichtet hatten. Dies Alles könnte aber noch nachgeholzt werden, sobald ein jeder seine Schuldigkeit thue. Weiter

es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Wirtschaftsschlüsse der heutigen Versammlung dem Arbeitgeber zu unterbreiten. Wenn dann ein jeder für den Ausbau der Organisation eintritt und sucht Heber für die Organisation weiter zu verbreiten, so wird uns auch der jetzt bestehende Kampf nicht verschwert.“ Nachdem wiederum die Kollegen sich dem Unternehmertum mit ihrer Organisation verpflichtet hatten. Dies Alles könnte aber noch nachgeholzt werden, sobald ein jeder seine Schuldigkeit thue. Weiter

es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Wirtschaftsschlüsse der heutigen Versammlung dem Arbeitgeber zu unterbreiten. Wenn dann ein jeder für den Ausbau der Organisation eintritt und sucht Heber für die Organisation weiter zu verbreiten, so wird uns auch der jetzt bestehende Kampf nicht verschwert.“ Nachdem wiederum die Kollegen sich dem Unternehmertum mit ihrer Organisation verpflichtet hatten. Dies Alles könnte aber noch nachgeholzt werden, sobald ein jeder seine Schuldigkeit thue. Weiter

es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Wirtschaftsschlüsse der heutigen Versammlung dem Arbeitgeber zu unterbreiten. Wenn dann ein jeder für den Ausbau der Organisation eintritt und sucht Heber für die Organisation weiter zu verbreiten, so wird uns auch der jetzt bestehende Kampf nicht verschwert.“ Nachdem wiederum die Kollegen sich dem Unternehmertum mit ihrer Organisation verpflichtet hatten. Dies Alles könnte aber noch nachgeholzt werden, sobald ein jeder seine Schuldigkeit thue. Weiter

polizeilich abgesperrten Versammlung initiierte: 1. Die wirtschaftliche Lage der Männer Dresden und wie ist es möglich, dieselbe zu verbessern? 2. Wollen die Dresden Maurer die Baustellen zur Verhandlung und werden unter der schützenden

Herrschaft Vorgehen werden auch noch berücksichtigte Baustellen zu Ungunsten der höchsten Maurermeister stellen? Über den letzten Befragung der Dresden Maurer. Er fand in seinem Vor

trag auf die hohe Lohnziffernung, auf die die Arbeitnehmer die Baustellen zu verlangen, daß die Kollegen gebrauchen sind, andere Arbeiten nebenbei

zu verrichten, um wenigstens Arbeit zu verdienen, daß sie ihre Baustelle mindestens menschenwidrig errichten können. Außerdem verhindert sie auch über die Allorarbeit und legt, daß durch

dieselbe sehr viele ältere Kollegen arbeitslos werden, und daß selbst diejenigen Kollegen, welche im Altstadt arbeiten, keinen großen Vorbehalt hätten, sondern daß sie die Schallentenzen der Unternehmer gehörten, welche die Kollegen gebrauchen sind, andere Arbeiten nebenbei

zu verrichten, um wenigstens Arbeit zu verdienen, daß sie ihre Baustelle mindestens menschenwidrig errichten können. Außerdem noch darf darauf hingewiesen werden, daß das Unternehmertum freilich nichts gibt, sondern daß die Kollegen alles, was für die Notwendigkeit eines Betriebes erforderlich machen müssen,

noch nicht viele Menschen möchten, welche die Kollegen gebrauchen, um die Versammlung der Dresden Maurer bestätigt, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen. Die Forderung ist der am 9. Mai bestehenden Arbeitsvertragsergänzung des Maurer-

vereins mit dem Geschäft zu unterstellen, mit der Lohnziffernung wegen der gestellten Forderung in Unterbindung zu treten. Außerdem auf die Kollegen auf den einzelnen Baustellen verpflichtet, ihre Arbeitgeber bis spätestens nächstes Sonntagnachmittag die aufgestellte Forderung in Reimhülle zu unterstellen, mit der Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Die heutige Debatte gegen wenige Stimmen ein:

„Am Montag, den 10. Mai, tagte in Freiburg eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung, die sich mit der Frage beschäftigte: Wie stellen wir uns uns den Militärischen Kollegen gegenüber? Sie bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Heber bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Die heutige Debatte gegen wenige Stimmen ein:

„Am Montag, den 10. Mai, tagte in Freiburg eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung, die sich mit der Frage beschäftigte: Wie stellen wir uns uns den Militärischen Kollegen gegenüber? Sie bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Heber bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Die heutige Debatte gegen wenige Stimmen ein:

„Am Montag, den 10. Mai, tagte in Freiburg eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung, die sich mit der Frage beschäftigte: Wie stellen wir uns uns den Militärischen Kollegen gegenüber? Sie bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Heber bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Die heutige Debatte gegen wenige Stimmen ein:

„Am Montag, den 10. Mai, tagte in Freiburg eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung, die sich mit der Frage beschäftigte: Wie stellen wir uns uns den Militärischen Kollegen gegenüber? Sie bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Heber bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Die heutige Debatte gegen wenige Stimmen ein:

„Am Montag, den 10. Mai, tagte in Freiburg eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung, die sich mit der Frage beschäftigte: Wie stellen wir uns uns den Militärischen Kollegen gegenüber? Sie bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Heber bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Die heutige Debatte gegen wenige Stimmen ein:

„Am Montag, den 10. Mai, tagte in Freiburg eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung, die sich mit der Frage beschäftigte: Wie stellen wir uns uns den Militärischen Kollegen gegenüber? Sie bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Heber bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Die heutige Debatte gegen wenige Stimmen ein:

„Am Montag, den 10. Mai, tagte in Freiburg eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung, die sich mit der Frage beschäftigte: Wie stellen wir uns uns den Militärischen Kollegen gegenüber? Sie bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Heber bestätigte die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 5,- pro Stunde zu unterstellen.“

Presse hingegen hängt Alles vom Partei-standpunkt ab. Was dem Einem lieblicher Wohleruhr ist, empfindet der Andere als Sodom und Gomorrha. Es giebt also hier nur zwei ganz soziale Systeme: Alleghalt des polizeilichen Gewissens oder freie Bewegung bis an die Grenzen des gemeinen Strafrechts. Beides hat Anwendung gefunden. Dagwischen liegen dann mehr oder weniger künftliche Versuche, nach formalen Maßstäben feste Abgrenzungen herzustellen. So das französische Recht, das Vereine bis zu 20 Mitgliedern gänzlich frei giebt, über diese Zahl hinaus dagegen abhängig macht von freier Willen der Polizei. Ein Seitenstädte sieht unter früheren Preußen, das — gleichfalls noch französischen Vorbild — Durchsuchung über 20 Dagen geschränkt ist, unter diesen Maße aber der Benutzung für preisgab. In heutigen deutschen Vereinsrecht insbesondere ist üblich die Aussteilung nach politischen Vereinen, die dann wieder gewissen formalen Beschränkungen unterworfen werden. Davor ist beobachtet der Ausschluss von Frauen und Mindjährigen und das Verbot, mit anderen Vereinen gleicher Art in Verbindung zu treten. Diese Bestimmungen sind es vor Allem, gegen die die Presse sich richtet.

Man könnte ja, fügt Mayer aus, unter einem politischen Verein, einem Verein der Politik treibt, einen solchen verstehen, der es darauf abzieht, bei einem gewissen Maße ein Führen zu lassen in staatlichen Angelegenheiten; Politik bedeutet immer staatliche Machtfrauen. Die höhere politische Behandlung würde da voraussetzen, einen in beruflicher Weise abgegrenzten Gegenstand haben. Allenfalls kraftsätzlich ist das Voreignen nicht möglich und formaler gemeint. Der Verein soll an das allgemeine Gesetz überhaupt in keiner Weise herantreten, auch nicht in bloßen Worten und ausgedachten Gedanken. Er wird politisch, sobald er Gegenstände be- spricht, die in den Wirkungskreis des Staates, der Gemeinden fallen; oder auch nur „über die unmittelbaren Privatinteressen hinausgehen“. Schon mit einer Wille um Abänderung von Bestimmungen der Gewerbeordnung reicht sich der Verein in die mit dem privatum odiosum (ähnlichen Sonderrecht) ausgestattete Gruppe ein. Da weiter unter Stadt nicht seine Tätigkeit ausdrückt, desto leichter verhält sich ein Verein seinen Wirkungskreis und wird politisch. Den Gewerkschaften ist es kaum möglich, dieser Verordnung zu entgehen, und damit auch bei den sich anknüpfenden Be- schränkungen. Das bringt sie aber in eine ganz zärtliche, widersprüchsvolle Rechtslage. Das Reichsrecht, Gewerbeordnung § 152, hat sie ausdrücklich als zulässig anerkannt und die gegen ihre Verlebrenungen gerichteten Verbote aufgehoben. Das Bundesrecht ist, wie die Rechtsprechung feststellt hat, dadurch nicht gehindert, ihnen die Beschränkungen der politischen Vereine aufzuerlegen. Frauen und Mindjährigen kann es also gänzlich davon ausschließen; einem ganzen Kreis von Menschen, der doch nach Vage der Sache sein rechtmäßiges Kontingent zur arbeitsuchenden Masse stellt, wird damit das Mittel zur Verbesserung seiner Lage, die das Reichsrecht dieser gewidrigen, einfach wieder entzogen. Die Verbindung der Vereine, die sonst unentbehrlich ist für die Erziehung des Zweckes, kann es verbieten und damit allen Angehörigen dieser Klassen die Ausbildung eben jenes Mittels auslöschen. Nutzlos: denn die Verbindungsbüro ist wieder ganz formal an Neuerwerbungen, ohne Macht auf deren sachliche Bedeutung für die politisch zu schützenden Interessen; die Dinge, die damit ge- hindert zu werden pflegen, können um dieser willen meist recht wohl ungehindert bleiben; z. B. das Entkommen von geschiedenen Formularen für eine Befreiung oder das Zusammenwirken bezüglich Herstellung einer anständigen Ge- sellenbergarde. Nutzlos auch nach der anderen Seite: dann berücksichtigt Zusammenhang zwischen solchen Vereinen, die man gerade verhindern möchte, wird in viel empfindlicher Weise hergestellt durch die gemeinsame Presse, die man nach dem einmal hergestellten Rechte nicht bestimmt; was der Polizei hier und da die Einschreiter wegen verbotener Be- schränkungstextes erlaubt, erscheint demgegenüber als eine nicht wahrbare „Erlaubnis“.

Dagegen kommt aber bei dem Verbindungsbüro: „Das ergänzt die bestehende Haftpflicht, die nach jüngerer Monatslage, wo der Bußfall sie löst, in reich einheitlicher Weise Gewahrt gemacht wird. Die ganze Strengere richtet sich gegen die Verbindung von Arbeitervereinen. Danach bleiben unangefochten zahlreiche Vereine zur Wahrnehmung von Interessen der bestehenden Klassen, die ebenso gut politisch wären wie jene, und doch in enger Verbindung untereinander stehen. Aus dem unbedingten formellen Verbot des Gesetzes hat also die Presse eine Erleichterung zum Einschreiten gemacht, die nach keiner Beurteilung der Richtigkeit oder Schändlichkeit des Vereins gehandhabt wird. Füllt diese Beurteilung ungünstig aus, so hat die Polizei freilich doch nur eine kleine Quälerei zur Verhinderung, welche führt und erfordert und, wie gefast, sachlich nicht viel hilft.“

Das ist offenbar ein gefundener Rechtsstand und nicht dem je eher so lieber aufzuhören wäre.“

Nas aber, fragt Mayer, an die Stelle seien? „In Monatslage, ist höchst von seiten der Regierung (Bodenodaten) das bedeckende Wort gefallen, die bürgerlichen Klassen sollten möglichst nicht mehr durch politischen Schutz gegen die Sozialdemokratie in eine trügerische Bewilligung verleitet werden.“ Demnach müsste volle Vereinsfreiheit als das wichtigste Aufmerksamkeitsmitteil in Aussicht stehen. Doch das sind Fragen der großen Politik. Von unserem beschränkteren Standpunkte aus kommen wir für ein ähnliches Reichsvereinsgebot aus dem Gesetz der bisherigen Reichsverfassung heraus eine folgende Hauptlinien bestimmen.

Vergewisserungen formeller Natur sind in Mittelkredit getragen. Man wird verfügen, der Polizeigewalt gewisse Maßnahmen zu geben, um sie gegen wirklich läudliche und gefährliche Vereine auszurichten. Gemäß der oben angeführten Eigenart des Vereinsrechts wird das von selbst auf ein freies Belieben der Behörden hinauslaufen. In den Reichstagverhandlungen ist schon darauf hingewiesen worden, daß etwa eine allgemeine Bestimmung am

Platz wäre im Sinne des bayerischen Vereinsgesetzes, wonach Einlage bleibt, ist nicht, weil es sich gehört hätte, unter die langer Breiter gelegt, sondern auf viele Breiter und daher leicht zum Unklippen zu bringen gewesen. Als Laube hinauftrat, geschah das Unglück; die Breiter stürzten mit dem Mauerer in die Tiefe. Die Arbeiter hatten nicht die nötige Zeit zur Rettung, sondern wurden stets gehängt, doch nur immer möglichst viel geschafft wurde. Es kam noch folgendes bei dem Mauerer hinzu: Laube fiel auf das Schubdach, durch den Fall wurde die aus Miegeln und Breitern bestehende Mauerung durchbrochen und so stürzte dem Verunglückten zu allen noch ein Stapel Mauersteine nach. Auch dieses hatte nicht vorkommen dürfen. Die Verletzungen, welche Laube erlitt, waren so schwer, daß er bald nach seiner Entfernung ins Krankenhaus starb. Die auf dem Bau beschäftigten Maurer und Zimmerer sind sämtlich von der Polizei vernommen worden; es ist anzunehmen, daß die Staatsanwaltschaft sich mit der Angelegenheit beschäftigt wird.

Dresden. Bei dem von uns in vorherer Nummer gemeldeten Brunneneinschlag haben beide Verantwortlichen den Tod erzielen müssen. Am Sonntag den 12. Juni (am 7. war das Unfall passiert) geriet es erst, den einen der Verantwortlichen, den Baumeister Michael Schröder, in die Luft, dann auf den Doppelpunkt in der Hand, wenn Sando erbrach, mitten in der Arbeit sich befindend, wurde er von dem einfliegenden Eisbrettchen getroffen und hat ebenfalls einen raschen Tod gehabt. Am 15. Juni kam man den zweiten Verantwortlichen, Brunnenebau-Schröder. Er befand sich im Wasser und war von dem nachzurückenden Eisbrett vollständig eingeklammert. Auch er scheint einen schweren Tod gehabt zu haben.

Dortmund. Auf einem Neubau brach das Gerüst, drei Stahlträger stürzten herab, einer von ihnen blieb auf der Stelle todt.

Edenlohe (Westf.). An dem Neubau des Archivgebäudes stürzte sich aus einer Höhe von 12 Metern eine Steinplatte und verletzte einen Tagelöhner im Gesicht, am Hals und der Brust sehr schwer.

Leipzig. Beim Zusammenschluß eines Grundstückes in der Hindenburgstraße zu Lindenau wurde ein Arbeiter von nachrichtlichem Gewicht bis an die Brust verstoßen. Er konnte nicht bereit werden, ohne Schaden genommen zu haben.

— Auf einem Neubau in der Südstadt stürzte ein 16-jähriger Maurerarbeiter infolge eines Schlätteltes aus der dritten Etage in die zweite hinab und sog sich eine erhebliche Verletzung am Hinterkopf zu. Er wurde im Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht.

Mannheim. (Cig. Ver.) Am 18. Juni kam auf dem Neubau der Unternehmer Gehr, Hofmann der Maurer A. Holzmann ungünstig zu fallen, daß er den rechten Oberarm brach. Der Verunglückte war beschäftigt, Hausteine vom Parterre zu den dritten Stock zu tragen. Arge Antretbereit, ließ Holzmann das Unterfordantens-Umwelt soll Schulde mit am Unfall teilen.

München. Bei einem Neubau an der Lindwurmstraße wurde ein Arbeiter schwer verletzt, bis an die Brust verstoßen. Er wurde mittwoch aus einer Höhe von 12 Metern eine Steinplatte und verletzte einen Tagelöhner im Gesicht, am Hals und der Brust sehr schwer.

Leipzig. Beim Zusammenschluß eines Grundstückes in der Hindenburgstraße zu Lindenau wurde ein Arbeiter von nachrichtlichem Gewicht bis an die Brust verstoßen. Er konnte nicht bereit werden, ohne Schaden genommen zu haben.

— Auf einem Neubau in der Südstadt stürzte ein 16-jähriger Maurerarbeiter infolge eines Schlätteltes aus der dritten Etage in die zweite hinab und sog sich eine erhebliche Verletzung am Hinterkopf zu. Er wurde im Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht.

München. (Cig. Ver.) Am 18. Juni kam auf dem Neubau der Unternehmer Gehr, Hofmann der Maurer A. Holzmann ungünstig zu fallen, daß er den rechten Oberarm brach. Der Verunglückte war beschäftigt, Hausteine vom Parterre zu den dritten Stock zu tragen. Arge Antretbereit, ließ Holzmann das Unterfordantens-Umwelt soll Schulde mit am Unfall teilen.

München. Bei einem Neubau an der Lindwurmstraße stürzte sich am 18. Juni Nachmittags ein Steinsetzer aus einer Höhe von 3 Metern ab und erlitt eine Oberarmelamission; er wurde ins Spital verbracht — Auf einem Neubau im Rosenhof stürzte sich am 18. Juni Nachmittags ein Steinsetzer aus einer Höhe von 3 Metern ab und erlitt eine Oberarmelamission; er wurde ins Spital verbracht — Auf einem Hausbauprojekt in der Johannisstraße stürzte ein Tagelöhner etwa 1 Meter hoch ab und brachte sich den linken Fuß — Auf einem Hausbauprojekt in der Johannisstraße stürzte ein Tagelöhner etwa 1 Meter hoch ab und dabei so ungünstig auf den Kopf, daß er anfing einen Schwerverletzte wurde mittels Sanitätswagen nach dem örtlichen Spital verbracht. Bei einem Gerüstabsturz vor einem Tagelöhner am Kopf und folgte ihm der linke Unterarm ebenfalls ab.

In der Karlstraße fiel eine Steinplatte um breit in den ersten Stock eines Neubaus und erlitt einige Rippenbrechungen. — Auf einem Neubau an der Karlstraße wurde ein Tagelöhner mit dem Aufsetzen einer langen Stange beschäftigt, die Stange fiel hierbei um und traf direkt einen der Tagelöhner am Kopf, daß sofort der Tod eintrat.

Würzburg. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Donnerstag Vormittag in der Prinz-Hohenlohestraße. Der Unternehmer Hirschfeld ließ dort die Fassade eines Hauses anstreichen, wobei ein Hängeleiter benutzt wurde. Hängeleiterweise waren die bis, die schon arg mißnommen aussehen, nicht vorher einer Prüfung auf ihre Haltbarkeit unterzogen worden, und so kam es, daß dieselben rissen und das Gerüst aus der Höhe des vierten Stocks auf die Straße herunterstürzte. Hierbei wurde einer der auf dem Gerüst beschäftigten Arbeiter leicht, ein zweiter lebensgefährlich verletzt. Der Unfallstelle leistete eine erste Hilfe. Gegen den Unternehmer ist sofort die Untersuchung eingeleitet worden.

Stuttgart. Ein Tagelöhner wollte im fünften Stockwerk eines Neubaus in der Günterstraße eine soße fertiggestellte Backsteinmauer befestigen. Infolge Klinkeinsatz der Maurer fiel der Mann vom fünften Stock herab und war sofort tot. Das kommt davon, wenn das Unternehmenswesen die geübten Arbeiter einiger kleinere wegen laufen läßt und ungelernte Arbeiter an so gefährliche Posten stellt. Müßig auf Menschenleben braucht man ja keine zu nehmen. Arbeiter giebt's ja genug. Und solche Sachen hat sich die Polizei nicht zu kümmern, sie hat ihre Pflicht getan, wenn sie die Arbeiter beaufsichtigt. Und das führt die Stuttgarter Polizei. Am besten Lage wurden fünf Personen wegen Vergewaltigung gegen § 162 der Gewerbeordnung verhaftet.

Würzburg. Am Neubau des Centralbahnhofs löste sich beim Aufstellen ein schwerer Stein aus dem Kranmer und traf einen untenliegenden Arbeiter auf die Brust. Mittels Krankenwagen wurde der jünger Verletzte in das Sulzbachspital verbracht.

* **Wegen fahrlässiger Tötung wurde in Karlsruhe der Maurermeister Gehrhard aus Mintheim zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte es unterlassen, bei einem Neubau die Balkenlage mit einem guten Dienstleib zu verleben; ein Dienstleib stürzte durch die offenen Fächer und fiel den Tod.**

* **Submissionsdelikten.** Aus Würzburg wird berichtet: Bei der Vergabe der Gehr, Müller, Steinhausen und Schlossarbeiten, sowie der Lieferung der Ziegel und sonstigen Eisenlieferung für das städtische Elektrizitätswerk wurden u. a. folgende Angebote gemacht: Gehr, Müller und Steinmeyerarbeiten: Holzmann M. 116.833,11, Böge M. 103.944,50, Weber M. 98.757,65, Berliner M. 96.544,08 und Wülfel M. 88.008. Die Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Angebot beträgt somit M. 28.750.

die Deutsche Bank in Berlin, Eintracht Brauerei, Brauereiwerke und Brauereifabrik in Berlin, die Hannoversche Aktien-Gummimärfabrik, die Hohenlohe-Wasserwerke in Bonn, 10 p.M. auf Aktien und 5 p.M. auf Gewissenscheine zahlte die Deutsche Versicherungsanstalt „Union“ in Stuttgart. Sie 11 p.M. vermittelten: die Allgemeine Deutsche Recklinghausener Bergbau-, die Norddeutsche Gummiwarenfabrik Hannover in Hannover, die Norddeutsche Metallwarenfabrik formerly Goerlitz, die Graudenberger Maschinenfabrik in Düsseldorf, die Deutsche Maschinenfabrik in Berlin, die Oberelsässischen Koalwerke und Chemischen Fabriken, die Berliner Güterbahnhof. 11 p.M. zahlte der Erzgebirgische Stahl- und Eisen-Verein. Sie 12 p.M. zahlten: Union-Elektrizitätsgesellschaft in Berlin, die Lindener Eisen- und Stahlwerke in Linden bei Hannover, die Schlesische Glasfabrik zu Gladbeck, die Berlinerischen Fabriken photographischer Papier in Dresden, die Chemnitzer Aktienminenunternehmung, die Weichseln-Metallfabrik und Weberk. Metallgesellschaft in Szekl., die Leipzig'schen Betriebsvereinbarungen, die Leipziger Baumwollspinnerei ab sowie die Maschinenfabrik Grebenau vorw. Rungen & Günther aus dem Jahre 1891 und aus dem Jahre 1896 wieder.

Es bringt im Jahr 1896 gesetzlich oder angekündigt an 880 555 Vereinigungen, 88 716 Wittwen-Gebürteter, 65 742 Kinder Gebürteter, 2817 Altenbewohner Gebürteter, daneben erscheinen ferner 9823 Ehefrauen, 20 077 Kinder und 199 Altenbewohner als Angehörige von Verleihern, welche in Krankenanstalten untergebracht waren, die geistigen Unterhaltungen, so daß im Berichtsjahr zusammen 515 831 Personen, gegen 462 958 im Jahre 1896, der Unfallversicherung helptisch geworden sind.

* Eine Statistik der deutschen Krankenversicherung auf der Zeitrechnung 1891 bis einschließlich 1896 veröffentlicht ist seit der Zeitrechnung 1894. Wie geben zum Vergleich einige Ziffern aus dem Jahre 1891 und aus dem Jahre 1896 wieder.

Es bringt im Jahr 1891 im Jahre 1896

Zahl der Gemeinde-Krankenversicherungen

Mitglieder

Orts-Krankenfassen

Mitglieder

Betriebs-Krankenfassen

Mitglieder

Bau-Krankenfassen

Mitglieder

Immobilien-Krankenfassen

Mitglieder

Eingeschlossene Gültstätten

Mitglieder

Landes-Krankenfassen

Mitglieder

anderer Fassen überhaupt

Mitglieder

6 879 921

7 944 820

In den Jahren 1891 und 1896 ist die Zahl der Gemeinde-Krankenversicherungen von 2 897 826 auf 2 763 757 gesunken, die Zahl der Krankenfassungen von 40 798 620 auf 47 608 220. Die Krankenfassungen vermehrten sich von 99 166 091 auf 110 792 779, darüber die Kosten für ärztliche Gült. von 17 869 712 auf 24 813 242, die Kosten für Arznei und sonstige Heilmittel von 14 844 070 auf 18 908 497, die Kranken-Unterhaltungsgelder von 41 855 446 auf 46 462 665, und die Beiträge für Unfallversicherung, Sterbegeld, Witwengeld, Witwonauszeit und die Unterhaltung an Witwenunterricht liegen von insgesamt 14 553 663 auf 19 537 875.

Auf ein Mitglied kommt im Jahre 1891: 0,85 Erkrankungsfälle, 5,9 Krankenfassungen und 1,2,96 Krankheitsfassen; im Jahre 1896: 0,95 Erkrankungsfälle, 6,0 Krankenfassungen und 1,31 Krankheitsfassen.

Die Einnahmen kamen im Jahre 1891: 21 498 Krankenfassungen betragen im Jahre 1891: 120 000 968, darunter befinden sich 96 747 697 Beiträge der Unternehmer und Arbeitnehmer, sowie die Beitragsgeber. Im Jahre 1896 waren die Einnahmen auf 156 809 838 gestiegen, davon die Witwengeld und Eintrittsgelder von 128 656 201.

Die Ausgaben aller Fassen vermehrten sich in demselben Betrachtnach 9 882 565 auf 12 226 799, ausschließlich der Kapitalauslagen.

Das Vermögen aller Fassen betrug im Jahre 1891: 82 851 755, im Jahre 1896: 120 769 926, davon sind gefüllte die Aktien von 71 408 287 auf 107 856 665. In der Zahl der Krankenfassungen und der Mitglieder waren im Jahre 1896 die eingehenden Bundesstaaten wie folgt bestellt: Preußen mit 9749 Fassen und durchschnittlich 4 282 588 Mitgliedern, Bayern 4998 Fassen und 1 020 788 Mitgliedern, Sachsen 2421 Fassen und 1 230 788 Mitgliedern, Württemberg 451 Fassen und 250 284 Mitgliedern, Baden 886 Fassen und 366 588 Mitgliedern, Hamburg 184 Fassen und 262 257 Mitgliedern, Thüringen 555 Fassen und 286 082 Mitgliedern. Von den übrigen seien noch genannt Hessen mit 997 Fassen und 200 108 Mitgliedern und Braunschweig mit 530 Fassen und 122 155 Mitgliedern.

Kongresse und Generalversammlungen.

In Frankfurt a. M. fand die erste Generalversammlung des Verbandes der Handlungsgesellschaften und Betriebsverbände statt. Die Mitgliedschaft des Verbandes beträgt 687, wobei durch neuen Delegaten vertreten waren. Der Verband besteht seit dem 1. Juli 1897 und hat von da an bis 31. März 1898 2718,13 eingenommen und 14 249,78 ausgeschlossen. Bezielt auf die Organisationsarbeiten wurde beschlossen, an der Centralstation festzuhören, da diesbezüglich gut bewährt habe. Nach Eröffnung eines Referats über: „Unsere Bedürfnisse“ wird den männlichen und weiblichen Handlungsbüchern empfohlen, für folgende Forderungen einzutreten:

1. Einführung des gesetzlichen Altersleidenschutzes, Sicherung der Arbeitszeit auf acht Stunden bei Herstellung eines Überarbeitsstundums. 2. Obligatorischer Fortbildungskursus während möglichst zwei Stunden des Vormittags für Angestellte unter 18 Jahren. 3. Vollständige Sozialstruktur von mindestens 66 Stunden. 4. Gesetzliches Verbot aller Abfälle vom Gehalt, außer denjenigen für Versicherung; bessere Anpassung der Versicherungsgefege an die Bedürfnisse der Handlungsbüchern. 5. Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte im Umlauf an die Gewerbedelegierte, unter Einzuholung von Gehülfen. 6. Handelsregister nach Art der Gewerbeinhaber und im Anhang an dieselbe. 7. Verbot der Konkurrenztafel. 8. Gesetzliche Vereinigung des Prinzipals, das Gebot während militärischer Nutzung des Gehülfen bis zu sechs Wochen weiter zu zahlen. Beihilfen wurde weiter, die Stellenzuteilung der Handlungsbüchern, und zwar in Höhe von 1 pro Tag, auf die Dauer von acht Wochen nach zwölftmonatlicher Kurenzeit. Rechtsdurchfall soll nach dreimonatlicher Kurenzeit gewährt werden.

* * *

Der erste Kongress der Betriebs- und Arbeiterversicherung im Jahre 1897. Nach dem Geschäftsbuchbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1897 bestanden zum Ende der Durchführung der Umwandlung im Jahre 1897 insgesamt 118 Betriebsversicherungen. Darunter befinden sich 65 gewerbliche mit 442 772 Betrieben und 5 784 680 versicherten Personen, und 43 land- und forstwirtschaftliche mit 4 645 057 Betrieben und 11 189 071 versicherten Personen. Dazu kommen 145 Mietsh. und Städte, 258 Provinzial- und Kommunal-Versicherungsbehörden mit zusammen 681 489 Beitrag auf 10 470 000, das Eintretengeld beträgt 50 A.

Nach 52 Wochen der Mitgliedschaft sollen an Arbeitslose auf die Dauer von zehn Wochen pro Tag 50 A. Unterstützung gezahlt werden.

* * *

Der Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen hielt seine Generalversammlung in Frankfurt a. M. ab. Außer den Vorstandsmitgliedern usw. waren 29 Delegierte anwesend. Dem Bericht des Vorstandes und Ausschusses über deren Tätigkeit während der letzten dreijährigen Geschäftsjahrsperiode ist zu entnehmen, daß der Verein am 31. Dezember 1894 3882 Mitglieder in 90 Betrieften zählte. Gewonnen wurden in der Berichtszeit 9044 Mitglieder, verloren gingen 8047. Mithin hatte der Verein am 31. Dezember 1897 einen Mitgliederstand von 4850 in 95 Betrieben, folglich einen Zufluss von 997 und 2 Abstellen. Weibliche Mitglieder sind in derselben Zeit sehr zurückgegangen, ausgetreten und ausgeschlossen 787, mithin hält der Verein am 31. Dezember 1897 98 weibliche Mitglieder. Nach dem vorliegenden Ausschluß berichtet hält der Verein in den Jahren 1895, 1896, 1897 eine Einnahme null, eines Kostenabzugs von 3570,46 am 31. Dezember 1894, von 164 055,88. Die Gemeinnützungsarbeit betrug in derselben Zeit M. 148 002,01. Unter den Ausgaben befinden sich folgende Kosten: Für Reiseunterhaltung M. 19 079,18, aufserordentliche Unterhaltung M. 1428,71, Rechtsfälle M. 642,98, Streiks M. 46 15,39, für Kreisfeste anderer Gewerkschaften M. 195,80, Beiträge an die Generalkommissionen und Konferenzen M. 195,80, Beiträge an die Generalkommission M. 170,29, Sachsparen M. 22 277,99, Agitation M. 219,30, Gehalt an den Vorstand und Richter M. 820, für Werbeaufschwung in den Zahnstühlen M. 309,64, Verwaltungsausgaben, Post- und sonstige Ausgaben der Zahnstühlen M. 17 174,18, juristisch gezeichnete Darlehen M. 11 022,18. Der Haushaltstand betrug am 31. Dezember 1897 M. 6488,87. Von 1. Januar bis 23. Mai 1898 betrug die Einnahme M. 8920,69, die Ausgabe M. 5502,80, so daß am 23. Mai in der Hauptstube ein Haushalt von M. 8418,09 vorhanden war. Die Einführung der Arbeitstitelunterstützung war schon vorher durch Abstimmung einer Majorität von 2810 Stimmen beschlossen. Dieser Beschuß wurde ohne Debatte und einflusslos als maßgebend anerkannt. Die beiden Organisationen: Graphische Verein und Gewerkschaftsbund, sollen zu einem Verein verschmolzen werden und folgenden Namen führen: „Verein der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufsgruppen.“ Arbeiterinnen und Zahnärzte werden in Zukunft nicht mehr aufgenommen. Das Wettbewerb beträgt 50 A. und der wöchentliche Betrag 40 A. Diese Unterhaltung wird gehobt nach 26 Wochen Kurenzeit pro Kilometer 2 A., bis zur Höhe von M. 18. Nach 52-monatlicher Kurenzeit pro Kilometer 2 A., bis zur Höhe von M. 26. Lehrlinge, welche sich innerhalb 4 Wochen nach beendetem Lehrjahr zum Werkstatt in den Verein melden, werden nach 18 wöchentlicher Kurenzeit unterhaltungsberechtigt. Arbeitstitelunterstützung zahlt der Verein nach 26 Wochen pro Woche M. 6 auf die Dauer von 3 Wochen. Nachdem auf 52 Wochenbeiträgen gesetzt sind, pro Woche M. 6 auf die Dauer von 6 Wochen. An verheirathete Mitglieder, welche gezwungen sind, den Wohnort zu wechseln, zahlt der Verein Ausgangsosten, wenn die Entfernung des neuen Wohnortes nach 26 Kilometern beträgt. Mitglieder, welche infolge ihres Eintrittes für die Interessen des Vereins ihrer Stellung berufen sind, erhalten eine wöchentliche Unterhaltung, welche mindestens zwei Drittel des verdienten Gehaltes betragen muß, doch darf die Höhe des verdienten Gehaltes nicht übersteigen. Diese Unterhaltung wird so lange gewährt, bis dem Mitgliede andere Arbeit nachgewiesen ist.

Betrachtungen eines Juristen über das Konstitutionsrecht der Arbeiter.

„In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ (Nr. 11, III. Jahrgang) hat kürzlich der Rechtslehrer an der Hochschule zu Straßburg i. Ch. Professor Dr. Otto Mayer einen Aufsatz: Zur Frage der religiöso-politischen Regelung des Vereinswesens beräumlich, der sehr beachtenswert ist.“

Das Bürgerliche Gesetzbuch hat die zivilrechtlichen Rechts- und Bindungsfähigkeit der Vereine geordnet, im Wesentlichen vereinigt. Daneben aber bleibt die öffentlich-rechtliche Seite des Vereinswesens über, die Ordnung der Vereinspolizei. Nach Artikel 4, Ziffer 15 der Reichsverfassung ist das Reich auch für zuständig. Schon seit geromaner Zeit ist eine Bewegung da, das Reich zum Eingriff zu veranlassen, und zwar nicht bloß die Rechtssetzung geschaffen, sondern auch vor allem die Vereinsfreiheit durch Bekämpfung gewisser landesrechtlicher Vereinszonen gelöscht werden.

Das Reich, sagt Mayer, hat verfassungsmäßig nur ein Recht dazu, den Einzelstaaten gegenüber Wandel zu schaffen. Eine Pflicht ist es ihm, keine religiöse, aber eine soziale zu erfüllen, durch die Natur der Sache gebotene, habe die Reichsregierung nur insofern, als etwa ohnehin schon von ihr wahrnehmbare Interessen solches erforderten. So wo es sich um die Freiheit der Rechtslagegebstalt handelt. In gleicher Weise habe das Reich auch bei anderen Vereinen den Bereich haben, von seinem Rechte Gebrauch zu machen. Die politische Stellung der Gewerkschaften (Gewerksvereine, Fachvereine), sagt Mayer, das ist der Punkt, an dem die ganze Frage der Reichsgelehrte sich immer wieder entspinnt.“

Soll nun das Reich „um der Gewerkschaften willen in Bewegung“ sein?“

Doch es „sich hier um Dinge handelt, die das Reich in keiner Weise angeht, in keinem Falle“, durch die Natur der Sache gebotene, habe die Reichsregierung nur insofern, als etwa ohnehin schon von ihr wahrnehmbare Interessen solches erforderten. So wo es sich um die Freiheit der Rechtslagegebstalt handelt. In gleicher Weise habe das Reich auch bei anderen Vereinen den Bereich haben, von seinem Rechte Gebrauch zu machen. Die politische Stellung der Gewerkschaften (Gewerksvereine, Fachvereine), sagt Mayer, das ist der Punkt, an dem die ganze Frage der Reichsgelehrte sich immer wieder entspinnt.“

Soll nun das Reich „um der Gewerkschaften willen in Bewegung“ sein?

In herborgerischer Weise angeht, in unverantwortbar. Das Reich, das in gewaltiger Halt Kraft die wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen des deutschen Volkes neu zu gestalten unternommen hat, kann nicht gleichzeitig bleiben, wenn es bedarfsmässig und einflussreiches Gesetz erlassen will. Soll nun das Reich „um der Gewerkschaften willen in Bewegung“ sein?

